



Donnerstag, 25. Juni 2026, 16:00 Uhr
~6 Minuten Lesezeit

Wie sich die Feindbilder gleichen

Japan wie Deutschland sollen gegen globale Rivalen der USA in Stellung gebracht werden – die Menschen lassen sich aber weniger als gedacht für den Krieg begeistern.

von Wolfgang Sachsenröder

Bild: Collage mit Foto von Shutterstock.com (Drakuliren, Momento Images, Erik Karsten Lath, katsuhiko kato, taka1022)

Es ist hier wie dort das gleiche böse Spiel: In Europa

hat Nazideutschland, in Japan das faschistische Japan im großen Krieg verloren – beide mussten sich dem Hauptsieger, den USA, unterwerfen. Beide Länder waren schwer verwundet und schuldbeladen, entwickelten einen pazifistischen Zeitgeist – in Japan noch stärker als in Deutschland – und waren nur sehr zögerlich wieder für Hochrüstung zu begeistern. Nun erwiesen sich die ökonomisch potenten Verlierermächte in der Nachkriegsordnung jedoch als die idealen „Speerspitzen“ gegen die Hauptfeinde der USA. So wurde in Deutschland der Hass gegen Putins Russland geschürt, während den Japanern eingeredet wurde, sich gegen eine dunkle Troika verteidigen zu müssen: Russland, Nordkorea und China. Die Parole lautet nun in beiden Ländern: Aufrüsten bis zum Gehtnichtmehr und das nationale Territorium als übergroßen Flugzeugträger für die Kriegsmaschinerie der USA zur Verfügung stellen! Das klappt auf der Ebene der amerikahörigen Regierungen schon recht gut – die Völker Japans und Deutschland allerdings sind bisher allenfalls halbherzig „bei der Sache“. Wenn dies so bleibt, gibt es doch noch Hoffnung für den Frieden.

Am 15. Juni 2026 berichteten die Korrespondenten der New York Times in Berlin und Tokio in einem gemeinsamen Artikel über die Wiederaufrüstung in Deutschland und Japan. Obwohl das vermutlich in beiden Ländern weitgehend vergessen oder verdrängt ist, betonen die Autoren überraschenderweise, dass es auf keinen Fall um eine Neuauflage der Kooperation der Achsenmächte im

Zweiten Weltkrieg geht. Diese wurde 1936 im Antikominternpakt gegen den Kommunismus und 1940 im Dreimächtepakt mit Italien kodifiziert. Schon wegen der Entfernung blieb das Bündnis militärisch kaum relevant, wichtiger war die jeweilige Zusammenarbeit mit regionalen Vasallenstaaten, von Bulgarien und Rumänien bis zu Vichy-Frankreich in Europa sowie von Burma bis Thailand und weiteren Ländern in Ostasien.

Die beiden amerikanischen Journalisten sehen eine Zeitschiene der gemeinsamen Feindschaft der Achsenmächte gegen die USA, der nach dem verlorenen Krieg eine achtzig Jahre währende eher pazifistische Phase in enger Zusammenarbeit mit den Amerikanern folgte. Wie sieht das Bild der USA heute bei den ehemaligen Achsenmächten aus? Das Traumland der unbegrenzten Möglichkeiten während der Nachkriegsjahrzehnte und der Hollywood-Dominanz wird inzwischen erstaunlich rapide zu einer Projektionsfläche für alle möglichen negativen Entwicklungen.

Das USA-Bild in Deutschland und Japan

Die Kritik reicht von den weltweiten militärischen Interventionen bei gleichzeitigen Zweifeln an der NATO-Bündnistreue über Heroin- und Fentanyl-Missbrauch bis zu Dollarimperialismus und Präsident Donald Trumps wankelmütiger Zollpolitik sowie aktuell dem missglückten Iran-Feldzug. Das aktuelle Meinungsbild ist eindeutig kritisch, etwa im *Berlin Pulse 2025/26* der Körber-Stiftung. Demnach bewerten 73 Prozent die deutsch-amerikanischen Beziehungen negativ. 38 Prozent betrachten die USA inzwischen sogar als wirtschaftliche Bedrohung. Ähnlich negativ sind die Ergebnisse des nichtstaatlichen Meinungsforschungsinstituts PEW Research Centre mit Sitz in Washington, das auch eine deutliche Verschlechterung seit 2024 feststellt. In Japan ist die Stimmung insgesamt noch etwas positiver

als in Deutschland, verschlechtert sich aber ebenfalls rapide.

In den neuesten Umfragen gaben noch 29 Prozent der Japaner an, dass sie die USA mögen, sich aber wegen der Verschlechterung der Beziehungen eine unabhängigere Außenpolitik wünschen. Japan sieht auf der anderen Seite eine wachsende Bedrohung durch China und Nordkorea.

Dabei könnte eine Rolle spielen, dass im Gegensatz zu Deutschland die Kriegsschuldfrage nach 1945 weitgehend ausgeblendet wurde und vor allem China als das größte Opfer der japanischen Kriegführung lange unterbewertet blieb. Im Gegensatz zu Deutschland mit seinen NATO-Verbündeten bliebe Japan ohne amerikanischen Schutz militärisch hilflos und rüstet deshalb so massiv auf. Die 1947 unter amerikanischem Druck formulierte pazifistische Verfassung verzichtet im Artikel 9 grundsätzlich auf Krieg als Mittel der Politik und auf „Streitkräfte“ im klassischen Sinn.

Weil eine Verfassungsänderung nur mit einer Zweidrittelmehrheit im Parlament und einer zusätzlichen Volksabstimmung möglich ist, hat Japan seit 2014 unter dem inzwischen verstorbenen Premierminister Shinzō Abe den Artikel 9 zunehmend kreativ interpretiert und verfügt heute über eine weitgehend normale Militärmacht.

Die „Bedrohungslage“ wird in der Politik weniger dramatisiert als in Deutschland, aber geographisch ist China allzu nah und das lange japanisch besetzte Taiwan nur wenige hundert Kilometer entfernt.

Vor allem liegt zwischen Japan und China die lange Kette amerikanischer Marine- und Luft-Stützpunkte, von Okinawa, Yokosuka, Yokota, Misawa, Sasebo und Iwakuni bis Guam. Ein skurriler Streit zwischen Japan, China und Taiwan schwelt schon

länger wegen einer historisch herrenlosen und unbewohnten kleinen Inselgruppe nahe Taiwan, die 1895 von Japan annektiert worden war. Zum Glück reichen auf allen drei Seiten die Feindbilder noch nicht aus, um eine konkrete militärische Auseinandersetzung zu rechtfertigen, für die Pflege nationalistischer Emotionen reichen sie aber allemal.

Feindbilder, Propaganda und am Ende Kriegsvorbereitungen

Mit dem verschlechterten Image der Vereinigten Staaten hat sich seit dem Angriff auf die Ukraine die deutsche Einstellung gegenüber Russland beinahe zum Feindbild gewandelt. Die Invasion ist selbstverständlich so völkerrechtswidrig wie alle anderen Invasionen in den letzten Jahrzehnten. Deutschland reagiert allerdings gespalten, denn obwohl die Mehrheit in Moskau die zurzeit größte Bedrohung für Frieden und Sicherheit in Europa sieht, auch die russische Militärmaschinerie als dauerhaften strategischen Gegner, glaubt eine relevante Minderheit an die These der NATO-Provokation und zeigt ein gewisses Verständnis für Russlands Kriegsführung. Dass die Ukraine immerhin 69 Jahre lang Teil der Sowjetunion war und Russisch spricht, spielt in der Bewertung kaum eine Rolle. Weitgehend vergessen sind auch die Zeiten des russischen Abzugs aus der ehemaligen DDR, der wirtschaftlichen Zusammenarbeit im Energiesektor, und die Jahre, in denen Kanzlerin Angela Merkel und Präsident Wladimir Putin sich wahlweise auf Deutsch oder Russisch verständigen konnten.

Die Leitmedien spielen eine besondere Rolle bei der Entwicklung zum Feindbild, das beginnt bereits bei den Bezeichnungen für Präsident Putin bis hin zum „Kreml-diktator“.

Die moralische, finanzielle und waffentechnische Unterstützung der Ukraine wird weitgehend befürwortet, wobei ausgeblendet wird, dass dies auf russischer Seite, je länger und intensiver diese erfolgt, als Einmischung und indirekte Teilnahme am Krieg empfunden wird. Allerdings gerät Kanzler Friedrich Merz zunehmend in Erklärungsnot, warum für die Ukraine immer mehr Milliarden zur Verfügung stehen, die an den vielen innenpolitischen Baustellen schmerzhaft fehlen.

Damit wird auch die Aufrüstung zur Kriegstüchtigkeit durch die schwarz-rote Koalition immer angreifbarer, zumal das Feindbild Russland offenbar nicht ausreicht, um die Zahl der Freiwilligen für die Bundeswehr spürbar zu erhöhen, während eine Wiedereinführung der Wehrpflicht unter den Jüngeren unpopulär bleibt. Da helfen auch markige Sprüche der militärischen Führung wie „ready to fight Russia tonight“ oder selbsternannte Propagandisten im Bundestag und im Europaparlament nicht viel. Natürlich „könnte“ Russland „möglicherweise“ in einigen Jahren NATO-Territorium angreifen, die Mehrheit der Deutschen glaubt das allerdings noch nicht so recht und stellt das Rüstungskonzept an vielen Stellen in Frage.

Zwischen der angestrebten Kriegstüchtigkeit mit ihren zahlreichen politischen und technischen Graubereichen und einer im Ernstfall notwendigen Kriegsbereitschaft liegen noch Welten. Wie groß der Abstand tatsächlich ist, bleibt schwer einzuschätzen.

Von der Kriegsbegeisterung 1914 und dem verhaltenen Mitmachen 1939 ist die deutsche Bevölkerung weit entfernt, auch von den in beiden Weltkriegen benutzten Propagandamethoden.

Damals ging es auf allen Seiten um eine hetzerische Darstellung des Feindes als barbarisch, aggressiv, kulturell und moralisch minderwertig, die nationalistische Stereotype von der eigenen

Überlegenheit bediente. Wer sich einmal die Mühe macht, einige der Hetzplakate im Internet zu suchen, kann sich vorstellen, auf welchem Niveau die wohl damals schon nicht immer ausreichende Kriegsbegeisterung geschürt wurde.

Kriegsmüdigkeit

Während es die andauernden Gemetzel in Afrika oder Südasien kaum noch in die Medien, geschweige denn in die Schlagzeilen schaffen, werden in den USA mit dem missglückten Irankrieg auch die „forever wars“ zunehmend unpopulär und setzen Trumps dünne republikanische Mehrheit im Kongress politisch unter Druck. In der Ukraine haben sich nach dem russischen Angriff viele zur Armee gemeldet, aber Hunderttausende im wehrfähigen Alter haben es vorgezogen, sich im europäischen Ausland in Sicherheit zu bringen, ebenso in Russland. Und die rabiaten Methoden bei der Rekrutierung gehen immer wieder durch die sozialen Medien. Kriege, besonders verlorene, sind entsprechend unpopulär und mit dem Zerstörungspotenzial moderner Waffen verlieren längst beide Seiten.

Ähnlich wie mit der deutschen Dolchstoßlegende nach der Niederlage 1918 wurde auch der amerikanische Rückzug aus Vietnam damit relativiert, dass er nicht militärisch bedingt war, sondern auf Druck der kriegsmüden Bevölkerung zu Hause. Das Phänomen Kriegsmüdigkeit breitet sich inzwischen auch unter der Bevölkerung in den nicht beteiligten Staaten aus, besonders in Westeuropa, die am meisten zu verlieren haben und ihren Wohlstand genau so gefährdet sehen wie Leben und Gesundheit. Jeder kann sich sicher schon jetzt die allgemeine Erleichterung vorstellen, wenn der Ukrainekrieg früher oder später mit oder ohne Kompromiss endet und die allzu kostspielige Kriegstüchtigkeit ihre Dringlichkeit verliert.



Wolfgang Sachsenröder, Jahrgang 1943, hat als Politikberater in Asien, dem Mittleren Osten und Südosteuropa gearbeitet und lebt seit 2008 wieder in Singapur. Sein besonderes Interesse gilt Südostasien, dessen Politik er insgesamt 25 Jahre beobachtet und kommentiert hat. In seinem jüngsten Buch beschreibt er die Geschichte des Opiumhandels und dessen politische Folgen bis heute: „From Opium to Amphetamines — The Nine Lives of the Narcotics Industry in Southeast Asia“, erschienen im April bei WorldScientific. In seinem Blog **partyforumseasia.org** (<https://partyforumseasia.org/>) beleuchtet er politische Entwicklungen in der Region.